

15.12.2009

Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



Universitäten besetzt! Was geht das uns an?



Die Besetzung von mehreren Dutzend Universitäten in der BRD, darunter auch die Geschwister-Scholl-Universität in München, hat einen Stein ins Rollen gebracht. Die herrschenden Kreise bzw. deren Sprecher rotieren.

Bundespräsident Köhler sieht sich gezwungen, die Qualität des Studiums zu bedauern. Bundesbildungsministerin Schavan (CDU) will „ein ernstes Gespräch“ mit ihren Länderkollegen führen. (Süddeutsche Zeitung vom 16.11.09) Der

bayerische Wissenschaftsminister Heubisch (FDP) muss im besetzten Audimax, dem größten Münchner Hörsaal, den Studierenden Rede und Antwort stehen. Politiker und Bürokraten, die den berüchtig-

Fortsetzung auf Seite 7

In dieser Ausgabe:

Neues von **Opel**: die Schlacht ist geschlagen 4

Neues aus der **MAN**: wird das Fahrerhaus verlagert 5

Öffentlicher Dienst: mehr Kohle die Parole! Und die Arbeitszeit? 6

Océ DRUCKERWERK IN POING:

Die rasierte Braut

Sein Arbeitsplatz scheint wieder sicher: „Unter Beibehaltung unseres starken Markennamens wird Océ eine eigene Sparte innerhalb Canons. Unsere Hauptniederlassung wird auch weiterhin in Venlo sein. Das Management, einschließlich Vorstand, bleibt bestehen.“

Das mailte Vorstandschef Iperen ne-

benbei zur Firmenverkaufs-Presseerklärung am 8. November der Konzernbelegschaft aus der niederländischen Zentrale. Kurz zuvor hatte er die Arbeitsplätze zur Begründung eines Rationalisierungsplans (siehe Kasten) als „auf dem Spiel“ stehend bezeichnet.

Fortsetzung auf Seite 2



Nur strahlende Gesichter: Océ-Chef Iperen (links im Bild) und Besucher aus dem Fernen Osten am dem Tag der offenen Tür.



Fortsetzung von Seite 1

OCÉ DRUCKERWERK IN POING:

Die rasierte Braut

Zwei Tage später in Poing, läßt er die zusammengetrommelte Belegschaft wissen, auf der Suche nach einem Käufer seit August 2008, sei man seit Februar im Gespräch mit Canon. Zum selben Zeitpunkt startete das aktuelle Personalabbau-Programm „Poing 2011“!

Schon der frühere Poinger Werksleiter, nun im Ruhestand, auf dessen Geheiß die seit vier Jahren bestehende, unbezahlte Arbeitszeitverlängerung um wöchentlich drei Stunden vereinbart wurde, plauderte einmal von Verkaufsabsichten der maßgeblichen Océ-Kapitalisten - die er, wie alle Vorstandschefs, natürlich so sachlich zutreffend nie nannte.

Bis dato machte sich geradezu eine Stimmung breit, jeden Moment könnte der Kuckuckskleber im Werk auftauchen. Entsprechend leichter konnten mindestens 126 Aufhebungs- und Altersteilzeitverträge zur betriebsbedingten Entlassung vom

Personalbüro eingesammelt werden. Wie sich zeigt, ging und geht es tatsächlich darum, die Braut radikal rasiert herzurichten, die nun schon nackt, mit eingebrochenem Absatz, dasteht. Wegrasiert werden die einen Kollegen, die anderen weiter geschoren mit Entgeltminderung per unbezahlter Arbeitszeit, Tarifverschiebung, Entgeltrahmenabkommen, Kurzarbeit - solange sie sich rasieren lassen.

Um's Herrichten geht es weiterhin, mitunter offenbar mit Übereifer: So wurde jetzt das angeblich dringend notwendige Outsourcen der Standortdienste widerrufen, weil man sie mittlerweile nicht mehr billiger von einem Subunternehmer oder „Dienstleister“ bekommt, der an den Arbeitskräften ja auch noch mitprofitieren will. Von den Kollegen der Abteilung Standortdienste sind nämlich kaum mehr als 19 übrig; an die 10 haben sich dazu bringen lassen, „strukturiert“ das Weite zu suchen. Das Ende vom Outsourcen, siehe Elektronikfertigung und Materiallogistik, ist das allerdings nicht. ●Oml

AufDraht

Herausgeber:

**DKP München und
Gruppe KAZ München**

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Bernd Bücking
Hofangerstr. 171 • 81735 München

Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

KAZ

**Kommunistische
Arbeiterzeitung**

Nr.328

September 2009

1,50 Euro

Kämpfen in der Krise

**Bewältigung der Banken-
krise durch die Bourgeoisie**

und weitere Artikel

www.kaz-online.de

erscheint vierteljährlich
Einzelheft Euro 1,50
Jahresabo Euro 10,00

Tel/Fax: 0911-356913
e-mail: gruppeKAZ@aol.com

Redaktion der
Kommunistischen
Arbeiterzeitung

Reichstraße 8
90408 Nürnberg

McKinsey, der „Unternehmensberater“, schleicht jetzt im Konzern für zwei Jahre durch die Gänge. Möge den Kopf einziehen, wer bei Océ noch einen hat. Was man dort sicherlich hat, so belehrt Konzernchef Iperen seine Untergebenen, sei die schwerste Krise seit 1930. Und wie damals sollen die Arbeiter die Krise zahlen. Damals übrigens am Ende millionenfach mit ihrem Leben. Denn was wie damals so auch heute allein zählt, ist „alle Möglichkeiten zu nutzen, die zu einer signifikanten Verbesserung unserer Rentabilität führen. (...) und die damit verbundene Steigerung der Kapitalrendite“, erklärt Iperen. Konzern und Kapital sollen „stark, gesund und rentabel“ überleben (und „gestärkt aus der Krise hervorgehen“ - so etwa eine Kanzlerin, die freilich „wir“ statt Konzernkapital sagt). Das Überleben derjenigen, die nicht von Rendite, sondern vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, steht nicht auf dem zweijährigen Konzernprogramm. „Reaching our potential“.

Der Poinger Werksleiter Mittelsteiner sekundiert in einem Begleitschreiben, den Personalabbau müsse man nun durch „verschlangte Prozesse“ ausgleichen. Wie überflüssig war dann überhaupt so manches Personal? Und wenn dann schön verschlankt ist, ist es dann wieder soweit für weiteren Personalabbau, womöglich bei noch „fetterer“ kostenloser Wochenarbeitszeitverlängerung für die Restbelegschaft? Die Produktionsfirma zu einem „Warenhaus“ ummodellern, das ist ein profit- und angeblich zukunftssträchtiger Plan. Die Krise - eine Chance, wird trompetet. Fragt sich, für wen. Wer keine Fabriken, sondern nichts als seine Arbeitskraft zu verkaufen hat, bezahlt die Folgen von Unterauslastung und Überproduktion - letztlich mit seiner Existenz.



**Beispielhafte
Resolution
für den
politischen Streik
der IGM-Delegier-
tenversammlung
Aachen am
28. November**

„Gegenüber der vorherrschenden Meinung, dass der Auslöser der bestehenden Finanz- und Wirtschaftskrise sog. „Raubtier-“ oder „Casinokapitalismus“ und die Gier von Managern und Finanzjongleuren sei, dies also lediglich die Auswüchse eines an sich guten Systems wären, sehen wir die Gründe im Kapitalismus selbst angelegt, nämlich im nach wie vor bestehenden Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und ihrer privaten Aneignung.

Der stete Drang des Kapitals, maximale Profite zu erreichen und der ständige Konkurrenzdruck führen im Kapitalismus zu zyklischen Krisen. Gemessen an der kaufkräftigen Nachfrage wird zuviel produziert, die Krise ist eine Überproduktionskrise. Obwohl ein Teil der Menschen im Reichtum fast erstickt, hungern Millionen.

Durch die negative Lohnentwicklung, den Sozialabbau und Geschenke der letzten Regierungen, konnte sich das deutsche Kapital in den letzten Jahren zum Exportweltmeister aufschwingen. In der Krise führte dies zu einer Verschärfung der Situation, da die Überkapazitäten entsprechend groß sind. Krise heißt in diesem Zusammenhang Vernichtung der überschüssigen Waren, Stilllegung von Produktionsanlagen, Kurzarbeit und Massenerwerbslosigkeit - und Krise heißt auch Vernichtung des überschüssigen Kapitals.

Dazu kommt, dass mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vom September in Form der Koalition aus CDU/CSU und FDP die vehementesten Vertreter einer Politik

- weiterer Staatsverschuldungsprogramme zur Sanierung des deutschen Finanzkapitals,
- des Sozialabbaus,
- der Verschärfung von Massenerwerbslosigkeit, Kurzarbeit, Leiharbeit und Befristungen,
- der zu erwartenden Erhöhung von Massensteuern
- weiterhin die Umverteilung von unten nach oben fortsetzen und die Lasten der Krise auf die Schultern von uns abhängig Beschäftigten legen.

In dieser Situation haben u. E. die Delegierten des 20. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG BAU im September ein Zeichen gesetzt, das vom DGB und den anderen Einzelgewerkschaften aufgenommen werden muss.

Nach einer engagierten und ausführlichen Diskussion wird in die Satzung der IG BAU folgender Antrag aufgenommen:

‘)Die IG BAU setzt sich für ein umfassendes Streikrecht gemäß dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta, den Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ein.’

Dieser Satz steht nun als weiteres Ziel gewerkschaftlicher Arbeit in der Satzung der IG BAU.

In den Begründungen wurde dazu gesagt, dies sei ‘ein Signal, dass die Unzufriedenheit in der Gesellschaft aufgenommen werde’, dass man ‘politisch etwas tun’ müsse und ‘den politischen Streik wolle, weil wir ansonsten nicht mehr weiterkommen oder sogar zurückfallen in eine Zeit vor 140 Jahren.’

Wir sind der Meinung, dass diese Initiative der IG BAU unsere unbedingte Unterstützung erfahren muss ...“

(Weiters wird gefordert, dass die IG Metall und der DGB) „...dem Beispiel der IG BAU folgen und die notwendige Satzungsänderung herbeiführen.“



Helle Empörung herrschte in diesem Land, von der Bundesregierung über die Medien bis hin zum Opel-Betriebsrat, als bekannt geworden ist, dass nun General Motors (GM) Opel doch nicht verkauft. Der hessische CDU-Ministerpräsident Koch wütete auf einer Protestkundgebung der IG Metall: „Es geht nicht, dass GM Gewinnmaximierung betreiben will, indem sie die deutschen Arbeitnehmer als Geiseln nehmen.“ (Süddeutsche Zeitung vom 6.11.09) Nun ist es ja durchaus nichts Neues, dass Konzerne „Gewinnmaximierung“ betreiben, also nach möglichst hohen Profiten streben, und zwar ausschließlich auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten. Dass sie versuchen, die Belegschaften mit der Drohung der Arbeitsplatzvernichtung zu allerlei Zugeständnissen zu erpressen ist ebenfalls ein alltäglicher Zustand. Dass sie die Arbeiter und Angestellten dann doch rausschmeißen, wenn sie ihnen zur „Gewinnmaximierung“ nicht mehr dienlich sind - auch nicht gerade eine neue Erkenntnis. Das machen alle so, gleichgültig wie die Konzerne nun heißen,

ob VW oder Daimler, BMW oder Magna oder eben auch GM. Um was geht es also?

Der Kampf um Absatzmärkte

Es herrscht Krise und damit verschärft sich der eh schon erbitterte Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen. Es werden weltweit viel zu viele Waren hergestellt, in diesem Fall Autos. Der geschaffene Reichtum steht auf Halde und verrottet,

heitlich einen anderen Weg. Auch sie wollte General Motors schwächen zugunsten der heimischen Monopole. Opel sollte an ein Konsortium bestehend aus dem österreichisch-kanadischen Unternehmen Magna und der russischen Sberbank verkauft werden. Zu Magna, Zulieferer für die bundesdeutsche Automobilbranche, bestehen enge Verbindungen. So saß z. B. bis vor kurzem noch ein Vertreter von Magna Po-

Die Schlacht um Opel

obwohl viele Menschen in Ermangelung eines flächendeckenden öffentlichen Verkehrssystems auf Autos angewiesen sind. Sie können sich jedoch keines leisten. Die Auftragseingänge sind um zweistellige Prozentzahlen eingebrochen. Die Frage ist nun, wer überlebt auf wessen Kosten? Wer geht gestärkt aus dieser Krise hervor und wer wird geschwächt? Wo werden die überschüssigen Produktionskapazitäten stillgelegt, also die Produktionsanlagen vernichtet und die Belegschaften auf die Straße geworfen? Sind das VW, BMW oder General Motors? Der Kampf darum wird längst nicht mehr nur zwischen den jeweiligen Monopolen ausgefochten, sondern zwischen den Staaten, in denen diese Monopole beheimatet sind. General Motors wurde von der US-amerikanischen Regierung erst einmal mit Staatsgeldern gerettet. Die deutsche Regierung wiederum gewährte Opel Staatsbürgschaften und Kredite, allerdings unter einer Bedingung: General Motors muss Opel verkaufen. Manch einer, wie der smarte Minister von und zu Guttenberg, wollte Opel gleich in die Insolvenz gehen lassen. Dann wäre ein Konkurrent, die US-amerikanische GM-Tochter, schon mal weg vom europäischen Automarkt. Marktvereinigung nennt man so etwas.

Deutsch-russische Verbindungen

Die Bundesregierung verfolgte mehr-

wertrain im Aufsichtsrat von MAN. Man kennt sich also. Mit der russischen Sberbank hat die Deutsche Bank erst letztes Jahr ein Abkommen über eine enge Zusammenarbeit geschlossen. Auch dahin gibt es also gute Verbindungen. Ziel dieses Planes war es, sich über den Opel-Deal den russischen Markt besser zu erschließen, von dem sich der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft nach der Krise noch hohe Wachstumsraten erhofft. Schließlich hatte dort General Motors 2007 noch den höchsten Marktanteil unter den Automobilimporten Russlands. VW folgte erst auf Platz 14. Das sollte anders werden. „Für die deutschen Autokonzerne geht es in Russland jetzt darum, sich eine gute Ausgangsposition für die Zeit nach der Krise zu verschaffen“, meinte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Mangold. („Opel-Lösung wichtige Weichenstellung“; www.ost-ausschuss.de, 10.9.2009) Die Bundesregierung versprach für dieses Markteroberungsunternehmen Kredite in Milliardenhöhe. Auch Magna kündigte die Vernichtung von rund 10.000 Arbeitsplätzen in den europäischen Opel-Werken an. Doch das sollte vor allem auf Kosten der spanischen, belgischen, polnischen und englischen Opelstandorte geschehen. Die deutschen Opelwerke sollten im Vergleich dazu geschont werden. Gleichzeitig wurden diese Regierungen von der bundesdeutschen

Regierung aufgefordert, sich an den Milliardenkrediten zur Unterstützung Opels zu beteiligen, was zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Europäischen Union führte.

Egal ob Magna oder GM

Nun hat GM diesen Plänen ein Ende bereitet. Opel bleibt in der Hand von General Motors. Das Ziel, mit Hilfe der deutsch-österreichisch-russischen Zusammenarbeit gestärkt aus der Krise hervor zu gehen auf Kosten des amerikanischen Konkurrenten, hat erst einmal einen Dämpfer bekommen. Das ist der Grund für die

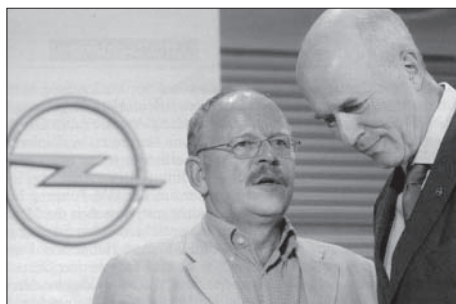
allseitige Empörung. Doch der Kampf wird weitergehen, hat sich doch an der Ausgangslage nichts verändert. Deshalb heucheln nun solche Figuren wie Koch Solidarität mit den „deutschen“ Arbeitern gegen die „Gewinnmaximierung“ von GM. Diese sollen mit den deutschen Monopolverherren gegen deren Konkurrenten in den Kampf ziehen, statt angesichts des Wahnsinns auf die Idee zu kommen, die Frage ganz anders zu stellen: wie müssen wir Arbeiter **unseren** Kampf organisieren, um mit der „Gewinnmaximierung“ überhaupt Schluss zu machen? ●gr



Wir brauchen keine Gewerkschaftsführer für Verzichtspredigten, sondern für die Organisation unseres Kampfes!

Der Opel-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Franz lässt sich vor den Karren deutscher Kapitalinteressen spannen. Er lobt Koch und predigt für die Arbeiter den Verzicht: „Für New Opel und ihre Zukunft sind die Beschäftigten zu schmerzhaften Einschnitten bereit und haben das auch in entsprechenden Verträgen dokumentiert.“ (Pressemitteilung vom 23.9.09) Statt den Schulterchluss aller Opel-Belegschaften zu organisieren, plant er mit den Managern, wo wie viele entlassen werden sollen. Das Ergebnis: Belegschaft gegen Belegschaft, statt alle Arbeiter gemeinsam gegen das Kapital, wie auch immer es heißt. Nicht alle Belegschaften wollen sich die-

sen Weg des kampflosen Verzichts gefallen lassen. Die Kolleginnen und Kollegen in Bo-



BR-Vorsitzender Franz im vertrauten Gespräch mit GM-Europachef Forster

chum haben die Kürzung des Urlaubsgeldes abgelehnt. Es war ihnen egal, welche Ausbeuter davon profitieren wollen. Sie waren erfolgreich, Opel musste es nun auszahlen. Die spanischen Gewerkschaften hatten mit einem 4-tägigen Streik bei Opel gedroht, sollten Magna oder GM bei der geplanten Vernichtung von 1.700 Arbeitsplätzen in Saragossa bleiben. Schon allein die Streikandrohung führte dazu, dass „nur“ mehr 900 gestrichen werden sollen. „Opel muss bleiben“ heißt für diese Kolleginnen und Kollegen „wir müssen bleiben“ - um leben zu können. Die Diskussion, wie der Kampf dafür zu organisieren ist, geht weiter. ●gr

MAN NUTZFAHRZEUGE:

Wird das Fahrerhaus verlagert?

Die Manager bei der MAN kommen und gehen in den letzten Tagen. Hartnäckig aber hält sich ein Gerücht: Die Fahrerhaus-Linie soll verlagert werden!

1.200 Kollegen wären davon betroffen. Polen ist im Gespräch, aber auch das oberösterreichische Steyr. Dort werden bereits die „Steyr“-LKW produziert. Die Marke ist

eine Tochter von MAN. Das Werk verfügt über eine Fahrerhaus-Linie, die derzeit ausgebaut wird.

Was heißt das für die MAN-Kollegen? Bis 2012 gilt der „Standortsicherungsvertrag“, der keine Entlassungen zulässt. Gibt es da auch Ausnahmen? Wenn ja, dann stehen diese sicher im Vertrag. Der ist aber

den Kollegen praktisch nicht bekannt. Also: Fragt eure Betriebsräte, wenn sie in den Hallen unterwegs sind, was die dazu wissen. Nächstes Jahr sind Betriebsratswahlen - wählt die, die euch Auskunft geben. ●krm

TÉLÉCOM FRANKREICH:

Tod am Arbeitsplatz

25 Beschäftigte der France Télécom haben sich in den letzten 20 Monaten das Leben genommen. Dazu kommen Selbstmordversuche und Depressionen, Schlafstörungen und Platzangst auf dem Weg zur Arbeit bei vielen Kolleginnen und Kollegen. „Der einzige Grund ist die Arbeit“, steht in einem Abschiedsbrief, „der permanente Druck, die Überlastung, die fehlende Weiterbildung, die Desorganisa-

tion, und das Management mit dem Terror.“ Andere sagen: „Wir waren Berater. Heute verkaufen wir um jeden Preis.“ „Früher waren wir Personen. Jetzt sind wir Roboter.“ Die Belastung ist seit Jahren gestiegen, die Zielvorgaben sind unerreicher, sagen Gewerkschaftsvertreter.

Die Manager redeten erst von „Selbstmord-Mode“ (!), dann jedoch müssen sie in „Stressverhandlungen“ einwilligen.

Zwangsversetzungen und Schließungen von Betriebstätten werden vorerst ausgesetzt. Aber die Gewinnziele der französischen Télécom werden nicht geändert. Sie sind nur zu erreichen, wenn die Belegschaft weiter abgebaut wird.

Kommt das jemand von der deutschen Telekom bekannt vor?



Der Verdi-Landesbezirk Hessen will für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen 7 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 200 Euro beim Tarifkampf

TARIFRUNDE IM ÖFFENTLICHEN DIENST:

Mehr Kohle, heißt die Parole! Und die Arbeitszeit?

2010. Denn im letzten Jahr hat es nur eine Einmalzahlung gegeben. Die Verdi in Baden-Württemberg hat 5 Prozent, mindestens aber 150 Euro aufgestellt, dafür aber auch Arbeitszeitverkürzung: 5 freie Tage mehr soll es pro Jahr geben. Die Begründung ist die enorme Arbeitsbelastung in den Betrieben. Außerdem müsse die Arbeit aufgrund der Wirtschaftskrise anders verteilt werden, sagt der Vertrauensleutsprecher im Stuttgarter Klinikum. „Ganze freie Tage bieten die beste Gewähr dafür, dass nicht einfach durch Überstunden kompensiert wird und tatsächlich neue Stellen geschaffen werden.“

Thomas Böhle dagegen, Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und Münchner Personalreferent, will nach wie vor, dass die Einkommen im öffentlichen Dienst künftig stärker von der individuellen Leistung der

Beschäftigten abhängen sollen: „Ich kann mir kein Ergebnis vorstellen ohne eine Erhöhung des Leistungsentgelts“. Das aber lehnen die Beschäftigten mit großer Mehrheit ab, da das bloß auf Nasenprämien für wenige hinauslaufe.

Die Forderung der Bundestarifkommission lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Verdi hat aber schon deutlich gemacht, dass Lohnverzicht in der Krise der falsche Weg ist. Wir wollen die Krise nicht bezahlen - Unternehmer und Millionäre müssen zur Kasse gebeten werden. Allerdings gelang es wohl nur in Baden-Württemberg auch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Ziel muss die 35-Stunden-Woche für alle per Gesetz bei vollem Lohnausgleich werden! Nur so lässt sich die Spaltung durch verschiedene Arbeitszeiten überwinden. ●rem

Gesundheit und Pflege wieder teurer - Kopfpauschale droht!

Bei vielen gesetzlichen Krankenkassen drohen Milliarden-Löcher vor allem wegen der Kurzarbeit. Sie werden deshalb im nächsten Jahr Zusatzbeiträge erheben. Für die Unternehmer sollen dagegen die Zahlungen eingefroren werden, d. h. der sog. Arbeitgeberanteil bleibt gleich und alle

Kostensteigerungen sollen wir übernehmen. Das ist aber nicht alles, es kommt noch schlimmer. Der neue Gesundheitsminister Rösler (FDP) will 2011 die Krankenversicherung völlig umstellen auf die „Kopfpauschale“, bei der unabhängig vom Einkommen Chef und Putzfrau den glei-

chen Betrag einzahlen sollen. So werden die Interessen der Unternehmer und der besser Verdienenden bedient. Für uns heißt es: Die Gesundheitsversorgung wird zum wiederholten Mal teurer und schlechter zugleich.

Bei der Pflegeversicherung soll es Pflicht werden, private Zusatzverträge abzuschließen. Damit werden wir zum zweiten Mal abkassiert, denn wir finanzieren die Pflegeversicherung ja schon dadurch, dass bei ihrer Einführung ein Feiertag gestrichen wurde. Wieder bleiben die Unternehmer ungeschoren. Für uns dagegen wird die Sozialversicherung teurer, was nichts anderes als Senkung von Lohn oder Gehalt heißt.

Ungerupft bleibt mal wieder die Pharmaindustrie. Ihre intensive Lobbyarbeit war erfolgreich. Dabei sind nirgendwo in Europa Medikamente so teuer wie bei uns! Auch der Versicherungssparte ist zu gratulieren, denn das Geschäft mit den Zusatzversicherungen läuft glänzend. ●rem



Neben den Patienten die Verlierer aller Gesundheitsreformen: das Pflegepersonal



beit für irgendeinen Kapitalisten, meist in Großunternehmen, leisten. Und dann noch jobben, um Leben und Studiengebühren zu finanzieren. Es sei denn, die dicke Brieftasche der Eltern kann das abwenden.

Nur nicht denken!

Es bleibt so den Studierenden keine Zeit zum Nachdenken.

Seit ihrem Bestehen war es an den Universitäten selbstverständlich, nicht nur Wissen zu vermehren, sondern auch die Gesellschaft kritisch zu betrachten, die es anwenden will. Wenn die zukünftigen Lehrer unserer Kinder viele Semester damit zubringen müssen, eine Handvoll Gedichte zu analysieren, trägt das dazu nicht bei. Wenn kommende Ingenieure sich in der Auftragsforschung von BMW abrackern, um dem Siebener

noch mehr Fahrspaß für die Reichen zu verleihen, sicher auch nicht.

Aus den Unis wächst eine Generation heraus, die den Abschluss in möglichst kurzer Zeit durchziehen muss und dabei möglichst wenig nachdenken soll. Die Stromlinien förmig in die kapitalistische Gesellschaft entlassen werden soll, schlimmstenfalls egoistisch und mit kräftigen Ellenbogen.

An solchen Universitäten können wir kein Interesse haben! Wir brauchen keine Lehrer, die unseren Kindern einpauken, wie sie sich am besten anzupassen haben. Wir brauchen keine Ingenieure, die sich kopflos für jeden menschenfeindlichen Zweck mieten lassen. Wir brauchen keine Juristen, die den Unternehmern helfen, Betriebsräte loszuwerden. Wir brauchen kei-

ne Betriebswirtschaftler, die heute die Uni-besetzer als „linke Zecken“ (Süddeutsche Zeitung vom 24.11.09) beschimpfen und die sich dann morgen, in der so genannten freien Wirtschaft angekommen, neue Methoden ausdenken, um unsere Löhne zu senken und die Arbeitszeit zu erhöhen!

Mutig sind die Besetzer und die, die den Protest auf die Straßen tragen! Denn Prüfungsdruck und Regelstudienzeit erlauben eigentlich keine Verzögerung des Studiums. Und dauernd sind sie vom Eingreifen der Polizei bedroht. Auch darum sollte ihnen die Solidarität der Arbeiter und Angestellten sicher sein. Und ihre Forderungen kann jeder von uns unterstützen:

Die Studierenden wollen einen Kurswechsel des Bologna-Prozesses, Mitbestimmung bei den Lehr- und Forschungsinhalten, freien Zugang zur Bildung für jeden - unabhängig von der sozialen Stellung! Und wieder Zeit zum Nachdenken.

•krrn

Fortsetzung von Seite 1

Universitäten besetzt! Was geht das uns an?

ten „Bologna-Prozess“ (also die Ausrichtung der Bildung auf die Interessen der Wirtschaft, siehe Kasten) umsetzen sollen, schieben sich nun gegenseitig die Schuld zu, um Zeit zu gewinnen.

Die Lage der studierenden Jugend ist für ein so reiches Land ein Skandal: Überfüllte Hörsäle mit bis zu tausend Studenten, ein Professor muss hundert und mehr Studenten betreuen. In der vorlesungsfreien Zeit, die der Vertiefung der Studieninhalte dienen soll, muss die „Generation Praktikum“ unentgeltliche Forschungsar-



AufDraht-Quiz

Wo wurde die erste Universität gegründet?

- A: in München**
- B: in Paris**
- C: in Wien**
- D: in Bologna**

Auflösung auf Seite 8

Was ist der Bologna-Prozess?

1999 wurde in Bologna vereinbart, die europäischen Hochschulen bis 2010 zu vereinheitlichen.

Die Studenten sind einem rigorosen Punktesystem unterworfen. Das zieht die von den Studenten kritisierte „Verschulung“ der Wissenschaft nach sich. Liebles vorgetragenes Wissen wird zum Material für Prüfungen am laufenden Band. Die Freiheit für universitäre, umfassende Bildung bleibt auf der Strecke. Forschung und Lehre werden radikal getrennt und Kapitalinteressen unterworfen. Erstere funktioniert immer mehr als Auftragsforschung für einige Großkonzerne. Letztere soll massenhaft qualifizierte und austauschbare Arbeitskräfte produzieren, die kritiklos alles schlucken, was ihnen aufgetragen wird.

Stichwort Privatunis: Der internationale Bildungsmarkt wird auf 2.000 Milliarden Dollar geschätzt. Auch daher verlangt der Kapitalismus eine profitträchtige Vereinheitlichung der Abschlüsse, also „Bachelor“ für die Masse, und „Master“ für eine kleine Elite.

Bürgerkriegsmanöver

Bereits in Heiligendamm wurde die Bundeswehr gegen Demonstranten eingesetzt, die gegen den G-8-Gipfel protestierten. Die Planungen der Bundeswehr gehen aber offensichtlich noch weiter: Bei der Übung „Hoher Franke II“ in Schwarzenbach am Wald am 3.11.09 wurden bereits bürgerkriegsähnliche Zustände zugrunde gelegt und dabei demonstrierende Friedensaktivisten bekämpft, die gegen den Afghanistankrieg protestierten. Außerdem wurde die Verteidigung einer Radarstation gegen schwer bewaffnete „Terroristen“ trainiert. (Bei vorigen Übungen hatten die „Terroristen“ übrigens Blaumänner an!) Dargestellt wurden diese von Reservisten, die so in die Übungen der Bundeswehr integriert werden sollen.



Feldjäger der Bundeswehr proben den Einsatz gegen Demonstranten

Laut Presseberichten setzten die angreifenden „Terroristen“ Panzerfäuste ein, die mit Maschinengewehren „ausgeschaltet“ wurden, so dass es viele Schwerverletzte gab. Bei der Übung wurde auch die zivil-militärische Zusammenarbeit geprobt, d. h. Organisationen wie das Technische Hilfswerk, Bayerisches Rotes Kreuz,

Bergwacht und Freiwillige Feuerwehr wurden mit einbezogen.

Das sind sehr konkrete Planungen der Bundeswehr. Dabei ist ihr Einsatz im Innern - was eine Grundgesetzänderung bedeutet - noch gar nicht beschlossen.

rem



Mitte Oktober präsentierte die Bundeswehr im Rahmen einer hochkarätig besetzten Konferenz neuartige Technologien für die Kriege der Zukunft. Schwerpunkt des von der Wehrtechnischen Dienststelle 52 des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung organisierten „Internationalen Symposium für Indirekte Schutzsysteme“ (ISIS 2009) sind das Tarnen der eigenen Truppen, das Täuschen des Gegners und das Stören der Kommunikationsverbindungen.

Dabei gehen die Militärs explizit von einem Aufmarsch eigener Interventionsgruppen in ressourcenreichen Ländern des Südens aus. Diskutiert werden Einsätze in Wüsten- und Dschungelgebieten ebenso

Bundeswehr rüstet auf

wie das Konzept des „Three Block War“. Das Konzept geht davon aus, dass eine so genannte humanitäre Hilfsmission innerhalb kürzester Zeit und auf engstem Raum zu einer militärischen Auseinandersetzung eskaliert.

Passend dazu plant die Europäische Union eine Ausweitung der militärischen Sperr- und Kampfoperationen zur Abschottung Europas. Dies geht aus einer aktuellen Studie der offiziellen außen- und sicherheitspolitischen Denkfabrik der EU (EU Institute for Security Studies; EUISS) hervor. Danach müsse zur Stabilisierung der „globalen Klassengesellschaft“(!) das „gesamte Spektrum hoch intensiver Kampfmaßnahmen“(!) zur Geltung kommen. In der Studie heißt es weiter, die Kriege der Zukunft würden nicht mehr zwischen Staaten, sondern zwischen „ungleichen sozioökonomischen Klassen der Weltgesellschaft“ geführt. Auf der einen Seite der „Klassengesellschaft“ stünde die Elite, die sich aus international operierenden Konzernen, den Staaten der OECD und den aufstrebenden Mächten Indien, China und Brasilien zusammensetze. Auf der anderen Seite stünde die weltweite Armutsbevölkerung. Um einen Zusammenbruch des globalen Wirtschaftssystems zu vermeiden, müssten Kampfmaßnahmen gegen die „untere Milliarde“ der Menschheit geplant werden.

Die für diese globale Interventionsstrategie notwendigen rüstungstechnischen Erfordernisse beschreibt in dieser Studie der Deutsche Alexander Weis. Er leitet seit 2007 die Europäische Verteidigungsagentur (EDA), davor die Hauptabteilung Rüs-

tung im Bundeskriegsministerium.

Vorrangig ist - seiner Studie zufolge - der Aufbau einer Helikopterflotte für den Einsatz zur Aufstandsbekämpfung über „anspruchsvollem Gelände“. Damit meint er Wüstengebiete und Gebirge. Weiterhin sieht er Nachholbedarf auf dem Gebiet des Lufttransports zu Verlegung von Truppen und Kriegsmaterial in Interventionsgebiete sowie bei der Überwachung der Weltmeere. Außerdem orientiert er auf den Ausbau von weltraumgestützten Spionagesystemen.

Deutsche Experten, Militärs und Industrievertreter mischen kräftig mit im Kampf um Kapitalinteressen und Ressourcen. Daraus wird sich auch unter der schwarz-gelben Regierung mit dem reaktionären Außenminister Westerwelle und dem ehemaligen Gebirgsjäger Guttenberg als Kriegsminister nichts ändern.

Die alte Losung der Arbeiterbewegung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ ist aktueller denn je.

rw

AufDraht-Quiz

Auflösung:

D ist richtig! Im 11. Jahrhundert schlossen sich hier Studenten zusammen, wählten aus ihrer Mitte für ein Jahr einen Rektor und sammelten Geld für seinen Lebensunterhalt. Sie nannten ihre Gründung „Universitas“: Gesamtheit.

A gab es damals noch nicht, nur Wald und Bären. **B** wurde im 13. Jahrhundert gegründet, **C** dann im 14. Jahrhundert. Von C ging im Oktober die aktuelle Protestbewegung der Studenten aus.